

Aboonementpreis:
Der unparteiische — jeden Wochentag
wenn mit dem Datum des folgenden
Tages — zur Verwendung gelangende
Landes-Anzeiger mit Beilätttern kostet
monatlich 10 Pf. bei den Buchhändlern, sowie bei
der Post. (Eingetragen unter Nr. 4633.)
Sow. u. d. Quartal erscheint die Abonnenten
Lösung Eisenbahn-Kahrplanheft.
Im 4. Quartal erscheint für Abonnenten
Lehrbuch Schachtschachbrett d. Anzeigers.

Verlag: Alexander Biede,
Buchdruckerei, Chemnitz.

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Unparteiische tägliche Zeitung für Sachsen und Thüringen.

Heißblätter: Täglich ein Unterhaltungsblatt und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch.“

Unsere wertvollen Post-Abonnenten

erlauben wir, das Abonnement für das am 1. Oktober beginnende
neue Quartal gefällig umgehend erneut zu wollen, damit in der
Ausübung der Exemplare keine Unterbrechung eintrete. Bei verspäteter
Hier eintreffenden Post-Abonnement-Bestellungen erhält die Post für
Nachlieferung bereits erschienener Nummern eine Extragebühr von 10 Pf.
Die Verlags-Expedition des Sächsischen Landes-Anzeigers.

Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Auf dem den Vorstand verein zu Chemnitz eingetrogene Genossenschaft,
betreibenden Holum 1800 des Handels-Alt-Kaufmanns ist, von den Ständen des unter-
geordneten Amtsgerichts wurde heute verlautbart, daß laut Beschluss der
Generalversammlung vom 14. September 1886 der § 25 des Statuts einen
Jugos erhalten hat.

Chemnitz, den 24. September 1886. Königliches Amtsgericht.

Telegraphische Nachrichten.

Vom 26. September.

Hamburg. Der Postdampfer „Allemannia“ der Hamburg-Americanischen Packet- und Aktiengesellschaft ist, von Hamburg kommend, heute in St. Thomas eingetroffen.

Berl. Ein königliches Handschreiben erhebt den Kommunikations-
minister Baron Klemm unter der Versicherung künftiger Huld und
dem Kunden voller Anerkennung, auf dessen eigenen Wunsch, von
der bisherigen Stellung. — Durch ein zweites königliches Hand-
schreiben wird der Minister Dr. von der interministerlichen Leitung der
Geschäfte des Kommunikations-Ministeriums betraut.

Paris. General Lopez Dominguez, welcher sich in St. Thomas
ansieht, ist, wie von dort gemeldet wird, über die Madreder Freig-
scheine sehr betrübt. Die beiden gebildeten Offiziere, General Bellarosa
und Oberst Morosof, waren seine einzigen Freunde. Er erklärt es
für unverträglich, daß ein Sergeant wegen einiger langer Reisen und
der Offizier Galus die Kavallerie verlassen, seine Vorgesetzten beleidigen
und seine Uniform beschädigen sollte. Republik und Monarchie würden
principiell und faktisch wünschen mit solchen Sorten von Verhei-
ligern fallen. „Ich habe der Regierung mein Leben und meinen
Degen angeboten,“ äußerte er, „da ich der Ansicht bin, daß es ohne
Rücksicht keine Armee gibt, so bin ich sie eine exemplarische Stra-
fahrt der Rebellen. Doch glaube ich, daß die Reform des Militär-
gesetzes unerlässlich, daß der obligatorische Dienst, welcher Pauschal-
ment unumstößlich macht, und die Höchstzahl des Soldes erforderlich
sei. Heute ist die spanische Armee nichts als eine Armee der Armen!“
General Lopez Dominguez lehrt Dienstag nach Madrid zurück.

Rom. Die päpstliche „Oca della verita“ meldet, der Papst
möchte im Lateran eine Leoninische Universität zu errichten und den
Kardinal Mazella, einen Jesuiten, an deren Spitze zu stellen.

Sophia. Sollte General Koalbars irgend welche wichtige Vor-
schläge machen, so wird die Regierung erläutern, sie sei lediglich ein
provisorisches, nur die Ordnung im Auge behaltendes, die Geschäfte
führendes Organ. Sie kann keine Conventions schließen und Ver-
pflichtungen übernehmen. Dies wäre allein die Aufgabe des künftigen
neuen Präfekten.

Konstantinopel. Es ist hier sehr aufgelaufen, daß Scholz
Vascha am Morgen seiner Ankunft und erst dann der Herzog von
Kleinstadt Nachmittags vom Sultan empfangen wurde. Scholz soll
der Sohn der Einzelheiten eines russischen vorgelegten Schu-
bündnisses sein, daher habe der Sultan ihn erst sprechen wollen.
Für den vorgelegten Empfangskabinett auf den englischen Posten
hatten mehrere türkische Würdenträger abgestellt, aus den geistigen
Söhnen seines höheren Offizienten einigen Adjutanten und
einem Schwager des Sultans, wahrscheinlich weil sowohl noch be-
kannt wurde, daß in London mit Rudas über ein Arrangement auf
Basis der Belohnung des englischen Protectors in Ägypten ver-
handelt werde. — Die Porte scheint nach der „A. B.“ jetzt auch
der Jesuiten überdrüssig zu werden. Im Kaput sind Jesuitenschulen
der französischen Geschäftszonen und eine armenische Schule, wo
Jesuiten lehrten, regierungstechnisch geschlossen worden.

Dissabon. Der König ist heute von seiner Reise hierher zurück-
gekehrt und von der Bevölkerung mit sympathischen Ausgaben
empfangen worden.

Glasgow. Mehrere Personen, welche den heute in den
Steinbrüchen von Cravos Platz befindenden Sprengungen von einem
Dampfer aus beobachtet hatten, begaben sich darnach an die
Sprengungsstelle, um die Säulen zu beschädigen, in welchen der Spreng-
stoff angebracht war. Von den den Säulen entzündenden Salen
wurden mehrere Personen so verletzt, daß sechs davon sofort starben.

Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

E. C. Frankfurt a. M., 24. September.

Der Verein für Socialpolitik trat heute hier zu seiner General-
versammlung zusammen. An derselben nahmen etwa 60 Personen
teil. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Rath Professor Dr. Riquet,
wurde zum Vorsitz der Verhandlung gewählt und ernannt zu Vice-
präsidenten die Herren Freiherr v. Boggendorff und Oberbürgermeister
Dr. Miquel, zu Schriftführern die Professoren Boosche und Stiebel.

Rechtzeitig sodann der Vorsitzende über die Tätigkeit des Aus-
schusses seit der letzten Generalversammlung und die vom Verein ver-
öffentlichten Schriften einen Überblick gegeben, sowie die Neuwahl
des Ausschusses vorgenommen worden war, trat die Versammlung in
eine Verhandlung der Wohnungsvorhältnisse der ärmeren
Klassen in den deutschen Großstädten ein.

Der erste Redner, Oberbürgermeister Dr. Miquel, ging davon
aus, daß der Verein für Socialpolitik bereits in zwei statlichen
Banden Erhebungen über die Wohnungsfraze veröffentlicht habe.
Das Ergebnis dieser Veröffentlichungen zeige, daß in den deutschen
Großstädten die Vorhältnisse gleichartig sind. In Allem besteht für
unbedeutende Volksschichten eine ständige Wohnungsnöthe, hervorgerufen
durch den Mangel an einer gesetzlichen Zahl kleinerer Wohnungen
und immer durch die unverhältnismäßige Höhe der Mietpreise für
gewisse, kleine Wohnungen und den dadurch bedingten Rückgriff auf
ungeheure Räumlichkeiten. In Städten wie Berlin, Dresden, Königs-

berg scheinen die Verhältnisse am ungünstigsten zu liegen. Verhältnis-
mäßig günstiger sind sie in den eigentlichen Industriestädten, welche durch die Beschaffenheit der betriebenen Industrien weit aus-
einander gestellt sind, oder in denen die Arbeitgeber viel für die
Wohnungen der Arbeitnehmer gehalten haben. Doch läßt sich nicht
behaupten, daß die Wohnungsvorhältnisse der demeren Klassen gegen-
über im allgemeinen schlechter geworden sind, die in der Durch-
führung bestreitigen Maßregeln der öffentlichen Gesundheitspflege, die
Entwölfung der Städte, die Aufzehrung guten Wassers, die Weg-
räumung der engen Stadttheile, die Herstellung breiter lustiger
Strohen, die Erweiterung des Bauungsbeldes haben viel dazu bei-
getragen, die vorhandenen bisher ungesehenen Wohnungen selbst im
Innen der Städte zu verbessern und die Überfüllung derselben
weniger schädlich zu machen. Die allgemeinen gesundheitlichen Maß-
regeln des Staates und der Gemeinde können jedoch der Wohnungsnöthe
noch nicht genügen, in manchen Beziehungen haben sie sogar dieselbe
verschärft. Die höheren Ansprüchen an die bauliche Be-
schränkung der Wohnhäuser verhindern das Vornehme erheblich und be-
schränken die Herstellung von Arbeitervorhältnissen unverhältnismäßig.

In den meisten deutschen Städten ist die Bevölkerungsziffer schneller
gewachsen als die Anzahl der bewohnten Grundstücke, während
die auf eine Wohnung entfallende Kopfzahl vielfach etwas ge-
ringer geworden ist. Dies beruht jedoch nicht auf einer Verminderung
der Größe der einzelnen Wohnungen, sondern auf einer Verbesserung
der vorhandenen Gebäude. Der Kostenanstieg ist immer üblicher ge-
worden und die Anzahl der im vierten Stock und noch höher
bewohnten Menschen ist fast überall unverhältnismäßig gestiegen.
Eine große Anzahl Menschen wohnt noch immer in Wohnungen ohne
alle heizbaren Räume, während ein Viertel bis zur Hälfte der gesamten
Bevölkerung auf Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer mit oder ohne Badewanne angewiesen ist. In Berlin wohnten 1880
72,4 Prozent aller Bewohner in Wohnungen mit einem oder zwei
heizbaren Zimmern. Dabei steigen mit zunehmendem Einkommen die
Ausgaben für die Wohnung. Die Mietpreise für kleine Wohnungen
betragen zwischen 20 und 29 Prozent des Gesamtmitteneinkommens. Das
Jahr zur Aufzehrung, zur Theilung und dadurch zur Über-
füllung der Wohnungen. Was kann nun zur Abhilfe der Wohnungsnöthe
noch geschehen? Ein pädagogisch wirkendes Universalmittel giebt es
nicht. Die Wohnungsfraze ist eine Seite des großen sozialen Pro-
blems. Eine Besserung der Wohnungsvorhältnisse ist bedingt durch die allge-
meine Erhöhung der Lage der unbedeutlichen Klassen, kann aber auch
allein für sich in Angriff genommen werden. Die Ursache des Übels
liegt darin, daß die kleinen Wohnungen zu wenig zahlreich und zu
teuer sind, die Privatspeculation befriedigt das Bedürfnis an kleinen
Wohnungen nicht in gleicher Weise wie bezüglich der größeren und
mehrten Wohnungen, weil hier das Risiko größer und die Ver-
waltung schwieriger ist. Mietshäuser dieser Art sind daher schwerer
zu verkaufen und das in dieselben gefestigte Capital liegt arbeitslos
liegt. Deshalb sollten gemeinschaftliche Gesellschaften die hier bestehenden
Lücken ausfüllen. Wesentliche finanzielle Opfer drohten sie ja nach
allen Erfahrungen nicht zu bringen; soll überall erzielen sie eine an-
gemessene Rente und können durch zweckmäßige Handordnungen ic-
noch sehr nützlich auf die Gewohnheiten der Mietner einwirken. Die
Bildung solcher gemeinschaftlicher Gesellschaften zu fördern, müssen sich
vor allem auch die Gemeindeverwaltungen angelegen sein lassen.
Aber auch die arbeitenden Klassen selbst könnten durch Bildung von
Von- und Wohnungsgenossenschaften mehr als bisher zur Selbsthilfe
greifen, wenn sie dabei von der Gemeinde in angemessener Weise
unterstützt werden. Die Arbeitgeber haben in den großen Städten
auf diesem Gebiete sehr nichts geleistet, auch der Staat könnte hier
helfen, wenn er statt der Forderung von Wohnungsgeldzuschüssen sich
die Herstellung kleiner Wohnungen für das untergeordnete Beamten-
personal angelegt sieht. Die Gemeinde kann eine direkte Für-
sorge für das Wohne der unbedeutlichen Klassen nicht übernehmen,
aber sie kann wenigstens für ihre eigenen Beamten sorgen, welche in
Frankfurt etwa ein Viertel ihres Gehaltes verwohnen müssen. Außerdem
kann sie mittelbar durch Bestimmungen und Erleichterungen helfen.
Für die Gesundheit und Rechtlichkeit der Wohnungen kann sie mit
Wasserleitung versehenen Gemeinden viel leisten, wenn sie das für den
Haushalt nötige Wasser in bestimmter Menge zu billigen Preisen
abgeben. Auch die staatliche Mindestförderung durch Gesetzgebung und
Verwaltung kann nicht entbehrt werden. Es empfiehlt sich, allge-
meine Vorschriften für Schlafstellen bezüglich der Trennung der Ge-
schlechter und des Kindesstaunums zu erlassen.

Ein Wohnungsgesetz hat soviel, welches die Benutzung bestehender
und neuer Gebäude regelt und bestimmt, daß die einzelnen Räumlich-
keiten nur zu den Zwecken benutzt werden, zu welchen sie baupoliti-
sich geeignet sind. Ob gegen die Anwendung der in Roth befind-
lichen Richter seitens des Haussbesitzer nach Art. 3 des Wohnungsgesetzes
vorgegangen werden soll, mag dahingestellt bleiben; aber gegen
alle drückende Bedingungen, gegen das Zurückhalten gerecht der
Richter u. s. w. wäre der Richter zu schützen. So kann ein
dauerndes und zielbewußtes Zusammenwirken des Einzelnen, der
Gemeinde und des Staates große Erfolge auf diesem Gebiete erzielen
und wenn die heutigen Verhandlungen es mit verhindern helfen,
dass ein großer Teil unserer städtischen Bevölkerung an seiner
Gesundheit und Moralität geschädigt wird, so werden wir zufrieden sein.

Das zweite Referat, welches Pastor von Bodelschwingh (Bielefeld)
erstattete, fiel aus, doch legte sich auf diesem Gebiete erzielen
und wenn die heutigen Verhandlungen es mit verhindern helfen,
dass ein großer Teil unserer städtischen Bevölkerung an seiner
Gesundheit und Moralität geschädigt wird, so werden wir zufrieden sein.

Professor Schmoller (Berlin) betraf die Berliner Wohnungsvor-
hältnisse und wünschte dort die Errichtung einer gemeinschaftlichen
Gesellschaft nicht zum Bau neuer, sondern zum Ankauf und zur Ver-
waltung schon bestehender Wohnungen.

Richterwollt Strack (M. Gladbach) vertrat den Standpunkt

des Vermieters und meinte, man solle den städtischen Grundbesitz
von den auf ihm ruhenden Lasten befreien, also Grund- und Ge-
bäudesteuer aufheben, dann würden die Wohnungen billiger werden.

— Raffalovich (Paris) zeigte, wie man in Amerika die Wohnungsnöthe

in den Großstädten gleichartig sind. In Allem besteht für

unbedeutende Volksschichten eine ständige Wohnungsnöthe, hervorgerufen

durch den Mangel an einer gesetzlichen Zahl kleinerer Wohnungen

und immer durch die unverhältnismäßige Höhe der Mietpreise für

gewisse, kleine Wohnungen und den dadurch bedingten Rückgriff auf

ungeheure Räumlichkeiten. In Städten wie Berlin, Dresden, Königs-

berg scheinen die Verhältnisse am ungünstigsten zu liegen. Verhältnis-
mäßig günstiger sind sie in den eigentlichen Industriestädten, welche durch die
Beschaffenheit der betriebenen Industrien weit aus-
einander gestellt sind, oder in denen die Arbeitgeber viel für die
Wohnungen der Arbeitnehmer gehalten haben. Doch läßt sich nicht
behaupten, daß die Wohnungsvorhältnisse der demeren Klassen gegen-
über im allgemeinen schlechter geworden sind, die in der Durch-
führung bestreitigen Maßregeln der öffentlichen Gesundheitspflege, die
Entwölfung der Städte, die Herstellung breiter lustiger
Strohen, die Erweiterung des Bauungsbeldes haben viel dazu bei-
getragen, die vorhandenen bisher ungesehenen Wohnungen selbst im
Innen der Städte zu verbessern und die Überfüllung derselben
weniger schädlich zu machen. Die allgemeinen gesundheitlichen Maß-
regeln des Staates und der Gemeinde können jedoch der Wohnungsnöthe
noch nicht genügen, in manchen Beziehungen haben sie sogar dieselbe
verschärft. Die höheren Ansprüche an die bauliche Be-
schränkung der Wohnhäuser verhindern das Vornehme erheblich und be-
schränken die Herstellung von Arbeitervorhältnissen unverhältnismäßig.

Er befürwortet die Aushebung des Reitentenbeschaffes
der Vermieter, aber nicht die Bestrafung des Wohnungsnöthlers,
den Elach von Bestimmungen über den Bau der Wohnungen, die
Höhe der Häuser, ihre Benutzung u. s. w. Neben der Gesetzgebung
müsste aber auch die Thätigkeit des Einzelnen hergehen. Geh. Rath
Dr. Thiel (Berlin) erklärte namentlich die Wohnungsvorhältnisse der
Arbeiter in Großstädten und empfahl den Bau von Arbeitervor-
häusern. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Herren
Prof. Schönberg (Tübingen), A. Simons (Überseeb.), Freiherr von
Heyl (Worms), Generalsekretär Burk (Düsseldorf) u. a. Sie alle
befanden sich in wesentlicher Übereinstimmung mit dem Referenten
und gaben nur zu Ergänzungen zu dessen Ausführungen. Mit einem lachhaften Ausland des Vorsitzenden erreichte die Debatte
gegen 4 Uhr ihr Ende.

Politische Mundschau.

Chemnitz, den 27. September.

Deutsches Reich. Der Reichstag der Reichsöste in den
ersten fünf Monaten dieses Jahres ist gegenüber dem Vorjahr nur
um 4½ Millionen gestiegen. Im vorjährigen Jahre haben aber be-
sonders beträchtliche Zolleinführungen stattgefunden.

Als freisinniger Kandidat für den 1. Berliner Reichstag-
wahlkreis wird Dr. Max Hirsch, der Gründer der Gewerkschaften,
genannt. Bestimmt festgelegt ist aber noch nichts.

Eine politische Rettungskabine, deren Aufgabe darin besteht
soll, gegenüber den deutschen Ausbildungsplänen den polnischen Grund-
besitz in den Provinzen Polen und Westpreußen in polnischen Händen
zu bewahren, wird nächstes Monat in's Leben treten. Es wird
davon Abstand genommen werden, große Güter, welche sich jetzt
in polnischen Händen befinden, zu erwerben, vielmehr den bisherigen
Hütern angeschoben und gefestigt werden, damit sie im Stande sind, ihre
Güter weiter zu betreiben.

Den Wirkungen-Kundgebungen der österreichisch-ungarischen
Presse gegen das deutsch-österreichische Bündnis, die sich immer von
Neuem wiederholen, tritt die „Rödd. Alig. B.“ in einem gerechten
Artikel entgegen, in dem sie schreibt: „Unsere auswärtigen Beziehungen
und die vertragsmäßigen Sanktionen, auf welchen sie beruhen,
sich auf der freien Basis, welche ihnen die wohlwollende Sanction
der Monarchen der österreichischen Habsburger verliehen hat. Wenn man
sich diese Thatsache anschaut, der angekündigten Verhaftung der Blätter
immer gegenwärtig hält, so fallen die vorzüglichsten Blätter der
Presse nachweislich in das Lächerliche!“ Die Ungarn agieren ganz
offen auf eine Verbindung des Ministers Grafen Kalmuth hin, aber
an einem Erfolg ist natürlich nicht zu denken, denn damit würde auch
die Freundschaft der beiden Kaiserthüre beeinträchtigt. Ganz
in Schwung find zwar die Beziehungen zwischen Deutschland-Rußland-
Österreich nicht, denn dann wäre man längst über die Schwierigkeiten
der bulgarischen Frage hinweggekommen.

Die „Rödd. Alig. B.“ schreibt: „Die „Treif. B.““ hat die Verhinderung abgelehnt, daß Herr Eugen Richter und seine
Partei im Reichstage auf die bulgarische Angelegenheit zusammentreten
würden. Hoffentlich macht die Opposition ihre Befürchtungen wahr
und bringt die auswärtige Politik des Reiches in der nächsten
ordentlichen Sitzung zur Sprache. Vorzugsweise wird den Inter-
essenten alsdann eine viel weitergehende Information gegeben
werden, als jetzt möglich gewesen wäre, über die gegenwärtig
noch schwierige Frage zu erhalten.“

Oesterreich-Ungarn. Die Wiener Blätter besprechen allge-
mein die an anderer Stelle heute erwähnten Ausführungen des
R. A. B. zum deutsch-österreichischen Bündnis. Nebenall wird hervor-
gehoben, daß man ernstlich den Weltstaat der Freundschaft mit
Deutschland wolle, zugleich aber auch die Besorgniß ausgesprochen,
Deutschland werde, wenn es seine Haltung nicht ändere, zwischen
Rußland und Oesterreich wählen müssen. Die gegenwärtige deutsche
Orientpolitik müsse zum Schaden Oesterreichs ausschlagen, wenn man
in Berlin das auch bestreitet.

Frankreich. Der französische Ministerrat hat beschlossen,
den Hovas-Regierung auf Madagaskar ein Ultimatum überreichen zu
lassen und, wenn der Friedensvertrag nicht pünktlich ausgeführt wird,
einen neuen Feldzug anzufordern. Bei dem jähren Charakter des
Hovas ist es anzunehmen, daß dieselben es auf das Aeußerste aus-
zögeln lassen werden. — Auf Befehl des Kriegsministers